



Newsletter vom 21. September 2025

Inhalt

Der nationale Zusammenhalt hängt nicht vom Frühfranzösisch ab.....	2
19. September 2025, Hanspeter Amstutz.....	2
Hängt die nationale Kohäsion vom Frühfranzösisch ab?.....	4
Journal 21, 13. September 2025, Carl Bossard.....	4
Mehr Realitätssinn, s'il vous plaît.....	7
Tages-Anzeiger online, 7. September 2025, Arthur Rutishauser.....	7
Der Welsche, der das Frühfranzösisch in Zürich abschoss.....	8
Tages-Anzeiger, 19. September 2025, Zürich, Pascal Unternährer.....	8
Es braucht weder Frühfranzösisch noch Frühenglisch, sondern Deutsch.....	10
NZZ am Sonntag, 14. September 2025, Debatte, Peer Teuwsen.....	10
Englisch raus, Französisch rein.....	12
NZZ, 13. September 2025, Schweiz, Andri Rostetter.....	12
Sprachenstreit erreicht das Bundeshaus.....	14
Tages-Anzeiger, 15. September 2025, Politik & Wirtschaft, Cyrill Pinto und Benno Tuchschnid.....	14
«Frühfranzösisch ist passé».....	16
NZZ, 12. September 2025, Meinung & Debatte, Leserbriefe.....	16
Irrweg der schulischen Mehrsprachigkeit.....	17
NZZ, 19. September 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	17
Legt die Geräte weg!.....	18
NZZ am Sonntag, 14. September 2025, Debatte, Anreas Fannin.....	18
«Noch nicht reif für den Kindergarten».....	20
Tages-Anzeiger, 16. September 2025, Zürich, Nina Fargahi.....	20
Veranstaltungshinweis.....	22
Geboren im falschen Körper? Geschlechtsdysphorie bei Kindern und Jugendlichen....	22
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mi. 24. September 2025, 18:30.....	22



Der nationale Zusammenhalt hängt nicht vom Frühfranzösisch ab

19. September 2025, Hanspeter Amstutz

Heftige Reaktionen aus Bern zum Entscheid des Zürcher Kantonsrats, Französisch auf die Oberstufe zu verschieben, waren zu erwarten. Sprachliche Minderheiten reagieren empfindlich, wenn der Eindruck besteht, benachteiligt zu werden. Dieses ungute Gefühl ist in der Romandie rasch zur Stelle, da Französisch durch das vordringende Englisch weltweit an Bedeutung verloren hat.

Englisch ist heute die wichtigste Funktionssprache in der Wirtschaft, der Wissenschaft und im Tourismus. Die digitale Welt verständigt sich auf Englisch und englische Songtexte sind allgegenwärtig. Anglizismen überschwemmen die europäischen Sprachen, auch das Französisch ist davon nicht ausgenommen. Aus der Sicht einer Vielfalt an eigenständigen Kulturen mit reichem Sprachschatz ist das zweifellos bedauerlich. Dazu kommt, dass die junge Lehrgeneration in der Ausbildung primär Englisch wählt, was zu einem empfindlichen Mangel an Französischlehrkräften führt.

Frühfranzösisch wichtiger als unsere Landesgeschichte?

Leider wird der Kampf von Politikern aus der Romandie für ihr elegantes Französisch auf einem ganz ungeeigneten Terrain ausgetragen. Mit der Behauptung, die Verschiebung des Einstiegs in den Französischunterricht gefährde unseren nationalen Zusammenhalt, wird auf absurde Weise argumentiert. Das Frühfranzösisch im Rahmen des Mehrsprachenkonzepts der Primarschule ist alles andere als eine Erfolgsgeschichte, die es fortzusetzen gilt. Die Resultate sind vielmehr so erbärmlich, dass in vielen Fällen ein Neustart im Französisch der Oberstufe erfolgen muss. Da braucht es schon sehr viel Voreingenommenheit, um das Frühfranzösisch zum nationalen Symbol der eidgenössischen Zusammengehörigkeit zu erheben.

Weit mehr Grund, der Deutschschweizer Bildungspolitik fehlende staatspolitische Weitsicht vorzuwerfen, hätte es beim beschämenden Abbau des Geschichtsunterrichts geben müssen. Geschichtslektionen wurden schrittweise reduziert, Geografie mit Geschichte zusammengelegt und die Fachausbildungen gekürzt. Entsprechend mager sind seither die Kenntnisse unserer Schulabgänger in landesgeschichtlicher und politischer Grundbildung. Doch kaum einen Politiker aus der Romandie störte es, dass das Werden unseres modernen Bundesstaats mit seinen vier prägenden Sprachregionen in Deutschschweizer Schulen arg vernachlässigt wird.

Gescheitertes Experiment mit der frühen Mehrsprachendidaktik

Bei der aktuellen Diskussion ums Frühfranzösisch sticht ins Auge, dass viele Politiker in Bern sich gar nicht um die Voraussetzungen kümmern, die zum Lernerfolg beim Sprachenlernen führen. Für manche ist die Sache erledigt, wenn Frühfranzösisch in der Lektionentafel der Primarschule enthalten ist. Doch damit erweisen sie der Aufwertung des Schulfranzösisch einen Bärendienst. Sie vertrauen noch immer blind einer längst gescheiterten Mehrsprachendidaktik, die das Lernen in englischen und französischen «Sprachbädern» für alle Schüler enorm erleichtern sollte. Es schaudert einen, wenn in Interviews mit Nationalräten zu hören ist, wie das Debakel mit dem Frühfranzösisch einfach negiert wird und die überforderten Kinder dabei ausser Acht gelassen werden.



Die offizielle Schweizer Bildungspolitik muss sich endlich distanzieren von den irreführenden Schlagwörtern wie «Je früher, desto besser» oder «Spielerischer Spracherwerb». Nach zwanzig Jahren Erfahrung mit dem frühen Sprachenlernen ist die Bilanz eindeutig. Nur mit einem klaren Nein zum gescheiterten Mehrsprachenkonzept und einem späteren Einstieg in die erste Fremdsprache in der fünften Klasse kommen wir aus dem Schlamassel heraus. Die Frage, welche Fremdsprache in der Primarschule eingeführt werden soll, wird dabei noch hohe Wellen werfen.

Frühenglisch oder Frühfranzösisch, das ist die Frage

Seit dem Vorpreschen des Kantons Zürich mit Englisch als erster Fremdsprache lag es auf der Hand, dass das Frühfranzösisch ins Hintertreffen geraten würde. Gegenüber der Strahlkraft der anglo-amerikanischen Popkulturen hat die frankophone Kultur in den Augen der meisten Schüler deutlich weniger zu bieten. In den Kantonen östlich der Reuss war es zudem schwierig, den praktischen Nutzen guter Französischkenntnisse plausibel zu machen. Junge Lehrpersonen wählten vorwiegend Englisch als Hauptfach in der Ausbildung, was sich weiter ungünstig auf das Frühfranzösisch auswirkte. Doch diesen Verdrängungseffekt durch das Frühenglisch hätte man zweifellos voraussehen können. Jetzt hat sich das Frühenglisch in vielen Kantonen als erste Fremdsprache installiert und dürfte nur schwer wieder aus der Primarschule zu verbannen sein.

Die Befürworter des Frühfranzösisch können die Solidarität mit der Romandie, wo Deutsch erste Fremdsprache ist, ins Feld führen. Auch die Tatsache, dass das populäre Englisch von den Schülern ohnehin rasch gelernt wird, spricht für einen späteren Beginn des Englischunterrichts.

Die Ausgangslage ist klar: Die EDK wird für ihr Versäumnis, mit dem faulen Sprachenkompromiss keine klaren Entscheidungen getroffen zu haben, nun mit einer happigen Herausforderung konfrontiert. Wohlweislich wird sich die Lehrerschaft nicht direkt in diesen Streit einmischen, um am Schluss den Schwarzen Peter für den schwierigen Entscheid übernehmen zu müssen. Ihr grosses pädagogisches Anliegen bleibt die Abschaffung des gescheiterten Mehrsprachenmodells und die Konzentration auf eine frühe Fremdsprache. Es ist höchste Zeit für die EDK, die Primarschule von ihrer Sisyphusarbeit mit zwei Fremdsprachen zu befreien.

In der Sprachendiskussion scheiden sich die Geister

Die Presseartikel zum Sprachenstreit waren seit den Sommerferien so zahlreich, dass wir nur einen Teil davon für den Newsletter auswählen konnten. Die besten Texte haben es aber in sich. Einmal mehr hat Carl Bossard mit seinem Eingangstext die Latte für gute Diskussionen hoch aufgelegt. Der Autor erläutert uns die unselige Geschichte mit dem Mehrsprachenkonzept im Kanton Zürich und kritisiert zu Recht die verdrängten schlechten Resultate des Frühfranzösisch durch die EDK.

Auffallend bei unserer Textsammlung zum Sprachenstreit sind die klaren Positionierungen der Autorinnen und Autoren. In schwungvoller Manier putzt Arthur Rutishauser die Argumente fürs Frühfranzösisch weg, indem er auf die desaströse Bilanz dieses Faches hinweist. Andere Verfasser reiben sich am gescheiterten Mehrsprachenkonzept und weisen darauf hin, dass das Bildungsprogramm der Primarschule damit völlig überladen ist. Auf der Gegenseite finden wir heftige Reaktionen zugunsten des Frühfranzösisch, welche den Entscheid des Zürcher Kantonsrats als Schnellschuss ohne staatspolitische Weitsicht sehen. Auch Bundesbern beteiligt sich munter an der Ausein-



andersetzung und fordert im Falle eines Abschieds vom Mehrsprachenkonzept einen Entscheid zugunsten des Frühfranzösisch. Am weitesten geht wohl ein Autor in der NZZ, der als Radikallösung das Streichen aller Fremdsprachen in der Primarschule fordert.

Zwei bemerkenswerte Beiträge mit pädagogischer Sprengkraft

Zum Abschluss empfehlen wir Ihnen die Lektüre zweier Beiträge zu aktuellen pädagogischen Fragen. Unter dem Titel «Legt die Geräte weg!» setzt sich ein Zürcher Mittelschullehrer mit dem Umgang seiner Schüler mit Mobiltelefonen und der KI auseinander. Auf sehr differenzierte Weise zeigt er auf, welche negativen Auswirkungen ein unkontrollierter Gebrauch digitaler Geräte in der Schule und im Privaten hat. Der Text ist so einleuchtend geschrieben, dass man ihn als Grundlage für spannende Diskussionen über ein brennendes Thema bestens verwenden kann.

Der zweite Beitrag befasst sich mit einer bildungspolitisch bedeutsamen Motion im Zürcher Kantonsrat. Es geht um das Verschieben des Stichtags für den Kindergarteneintritt (höhere Alterslimite) um drei Monate. Die Motionärinnen aus mehreren Parteien fordern eine Korrektur eines Entscheids, der sich als Belastung für die Arbeit der Lehrkräfte erwiesen hat. Zu viele Kinder sind bei der Einschulung emotional und sozial noch nicht reif für den Kindergarten. Unserer Meinung zielt die Motion in die richtige Richtung, geht aber mit der bescheidenen Korrektur von nur drei Monaten noch zu wenig weit.

Liebe Leserinnen und Leser, für Spannung ist gesorgt. Wir wünschen viel Vergnügen.

Hanspeter Amstutz

Hängt die nationale Kohäsion vom Frühfranzösisch ab?

Journal 21, 13. September 2025, Carl Bossard

Der Kanton Zürich will das Frühfranzösisch auf die Sekundarstufe I verschieben. Dort war es schon bis in die 1990er-Jahre. Die Reaktionen sind harsch – bis hinauf zum Bundesrat. Seltsam nur, dass kaum jemand nach dem Lernvermögen der Kinder fragt. Ein Zwischenruf.

Sünde ist ein Wort aus längst vergangenen Tagen – seit vielen Jahren entsorgt und mit ihm sicher auch der Sündenfall. Bildungspolitisch aber gibt es ihn, diesen Sündenfall. Begangen hat ihn der Zürcher Regierungsrat und Reformturbo Ernst Buschor. Zuerst unterzog er das Spitalwesen einer Radikalreform und dann als Bildungsdirektor auch die Volksschule. Im Jahr 2000 überraschte er mit seinem Brachial-Entscheid: English first! «Frühenglisch vor Frühfranzösisch» hiess seine Devise. Das «moderne Esperanto» sei gefragt, die heutige Lingua franca; und sie lerne sich erst noch leicht, so seine Argumentation. Die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Wirtschaft hatten Vorrang; sprachpolitische Befindlichkeiten und die helvetische Kohäsionsfrage rückten in den Hintergrund. Mit Konsequenzen – nicht nur für die Schulkinder.



Ernst Buschors *Fait accompli* hatte Folgen

Mehrere Kantone folgten Zürich; sie führten Englisch als erste Fremdsprache ein. Da waren's auf der Primarstufe plötzlich zwei Fremdsprachen. Französisch, früher eine Domäne der Sekundarstufe I, ist erst in den 1990er-Jahren dazugekommen. Heute beginnen 14 Kantone mit Frühenglisch, die übrigen mit einer zweiten Landessprache. In der Regel wird die erste Fremdsprache ab dem dritten, die zweite ab dem fünften Schuljahr unterrichtet. Der Kanton Zürich macht hier eine Ausnahme; Englisch startet bereits in der zweiten Klasse. Im Modell 3/5 liegt seit 2004 die Sprachenstrategie der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) begründet. Kein Französisch auf der Primarstufe kennen Appenzell Innerrhoden und Uri.

Die Bildungspolitik setzte das Konkordats-Konzept 3/5 mit den zwei frühen Fremdsprachen auf der Primarstufe durch. Die Warnrufe der Praxis fanden kein Gehör, ebenso wenig kritische Einwände aus der Wissenschaft. Im Gegenteil! Schubladisiert wurde auch die Langzeitstudie der Zürcher Linguistin Simone Pfenninger «Beyond Age Effects»¹. Sie stellte den propagierten Wert der frühen Fremdsprachen infrage. Doch die Bildungspolitiker glaubten; sie störte kein Zweifel.

Nach drei Jahren kaum ein Satz Französisch

Und diese Zweifel stellten sich bald ein. Eine repräsentative Studie von 2016 in der Zentralschweiz schockierte. Nur jeder 30. Achtklässler sprach lehrplangerecht Französisch, nicht einmal jeder zehnte erreichte die Ziele im Hörverstehen. Etwas besser, aber immer noch unbefriedigend, sahen die Resultate beim Lesen und Schreiben aus. Zu ähnlichen Ergebnissen führten Evaluationen in anderen Kantonen. Klagen und Kritiken glichen sich: «Manche Kinder können nach drei Jahren Französisch praktisch keinen französischen Satz sagen», tönte es von Lehrerseite im Raum Basel.

Die EDK hätte hellhörig werden müssen. Doch sie beschönigte. Der zweite Sündenfall! Die wissenschaftlichen Resultate wurden gar erst nicht zur Kenntnis genommen, die nackten Fakten negiert und Folgestudien sistiert. Denn, so schlossen Bildungspolitik und Verwaltung messerscharf, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Dabei hätte allen klar sein müssen: Wenn Bildungsidee und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, leidet bloss die Wirklichkeit. Und das sind viele Kinder, vor allem lernschwächere. Manche jungen Menschen verlieren ob diesem Frust die Freude an Französisch.

Ernüchternde Wirklichkeit

Kaum jemanden überraschte es: Als bitterer Dämpfer erwiesen sich auch die Resultate des nationalen Sprachtests von 2023, die sogenannte Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK). Lediglich 51 Prozent der Schüler erreichten im Fach Französisch die Lese-Grundkompetenzen, also die niedrigste Könnensstufe beim Leseverstehen. Konkret: Sie begreifen einfachste Sätze wie «Où est la gare?». Die andere Hälfte ist damit bereits überfordert. In lernschwachen Klassen erreichen oft nicht einmal 10 Prozent dieses Grundniveau. Drastisch formuliert bedeutet das: Nach 500 Lektionen Französisch verstehen viele Kinder kaum einen Satz! Eine solche Bilanz ist verheerend – dies in einem Land, das den Mythos der Viersprachigkeit pflegt.

¹ Simone E. Pfenninger, David Singleton: Beyond Age Effects in Instructional L2 Learning. Revisiting the Age Factor. Bristol: Multilingual Matters, 2017



Viele Schweizer Primarschülerinnen und -schüler sind mit zwei frühen Fremdsprachen heillos überfordert. Nicht umsonst sind in gewissen Klassen bis zu 30 Prozent der Kinder vom Frühfranzösisch dispensiert. Wir können auf der Primarstufe drei Sprachen unterrichten, wir können auf der Primarstufe die Grundlagen trainieren; wir können jedoch nicht beides gleichzeitig tun. Es ist höchste Zeit für unsere Volksschule, dass die Bildungspolitik darüber nachdenkt.

Französischunterricht soll warten

Doch die EDK hat ihre Hausaufgabe sträflich vernachlässigt. Immer mehr Deutschschweizer Kantone rütteln darum am Frühfranzösisch und riskieren einen nationalen Flickenteppich: Appenzell Ausserrhoden und Zürich haben entsprechende Motionen im Kantonsparlament bereits gutgeheissen. Im Thurgau, in Schwyz und St. Gallen sind Vorstösse hängig. Damit steht in mindestens fünf Kantonen ein späterer Französischstart zur Debatte.

Es ist vor allem der Entscheid im Zürcher Kantonsparlament, der auf Kritik stösst und ein grosses Medienecho auslöst. Bundesrätin Baume-Schneider spricht von einem «Affront» gegenüber der Romandie²; die Westschweizer Medien reden von einem «guerre de langues» und sehen die «cohésion nationale» gefährdet. Zürich riskiere einen sprachlichen Bruch zwischen der West- und der Deutschschweiz, eine «fracture linguistique», heisst es.³ Die Innenministerin droht und will notfalls vom Bund her intervenieren.

Bis 1990: kein Wort von Frühfranzösisch

Ist die nationale Kohäsion gefährdet? Wohl kaum! Dann wäre die Schweiz längst auseinandergebrochen. Der junge Schweizer Bundesstaat von 1848 stipulierte die öffentliche Volksschule; die revidierte Bundesverfassung von 1874 machte den Primarschulunterricht für alle Kinder obligatorisch und unentgeltlich. Kein Wort von Frühfranzösisch. Das kam erst in den 1990er-Jahren. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Fach der Sekundarstufe I vorbehalten. Die Primarschule kümmerte sich um die Grundlagen Lesen und Schreiben, Reden und Rechnen, die Realienfächer Geschichte/Geografie und den musisch-kreativen Bereich.

First things first!

Im Vordergrund standen die sogenannten Basics. Sie hatten Priorität. Darum erstaunt es, dass in der hitzigen Diskussion ums Frühfranzösisch das Lernen der Kinder und das Üben kaum zur Sprache kommen, nicht einmal auf bildungspolitischer Seite. Dabei wissen wir genau, wie es um die deutsche Sprache steht. Die Daten zeigen es: Jeder vierte Schüler verlässt unsere Volksschule, ohne dass er einen einfachen Text versteht. Es fehlt am verstehenden Lesen.

Die staatspolitische Öffnung ist gar nicht adäquat möglich, wenn schon die Deutschkenntnisse ein undifferenziertes Denken spiegeln. Ein Sündenfall, diese Tatsache nicht zu thematisieren. First things first! heisst es. Und dazu zählt bei uns das Grundlagenfach Deutsch. Es öffnet Türen.

2 Claudia Blumer: «Der Zürcher Entscheid ist für die Romandie ein Affront». In: SonntagsZeitung, 07.09.2025, S. 2

3 Zeno Geisseler: Ein «sprachlicher Bruch». In: NZZ, 09.09.2025, S. 12



Mehr Realitätssinn, s'il vous plaît

Tages-Anzeiger online, 7. September 2025, Arthur Rutishauser

Editorial zu Frühfranzösisch • Manchmal muss man auch etwas abschaffen. Die Zukunft der Schweiz hängt nicht von Frühfranzösisch ab, sondern von der Motivation und der Innovation unserer Jugend.

Immer am 1. August ist die Schweiz stolz auf ihre Vielsprachigkeit. Politikerinnen und Politiker jeder Couleur loben den Zusammenhalt des Landes. An den 364 Tagen dazwischen werden sie manchmal ehrlich. So die Kantonsrätinnen und Kantonsräte des Kantons Zürich, als sie vor ein paar Tagen beschlossen, Frühfranzösisch abzuschaffen. Oder Bundesrätin und Jurassierin Elisabeth Baume-Schneider, wenn sie im Interview sagt: «Deutsch war die Sprache des ‹Unterdrückers› aus Bern. Ich wollte sein wie die anderen Kinder, die alle Französisch sprachen. Im Dorfladen habe ich so getan, als würde ich kein Deutsch verstehen.»

25 Jahre nachdem die Kantone beschlossen haben, Französisch bereits in der Primarschule zu lehren, ist der Sprachenkonsens wieder einmal infrage gestellt. Und wieder einmal wird in Bern gedroht. «Wenn sich hingegen abzeichnet, dass Kantone aus dem Harmos-Konkordat ausscheiden, bin ich dafür, dass der Bund handelt und den Landessprachenunterricht auf Primarschulstufe vorschreibt», sagt die hohe Magistratin in Bern und behauptet: «Wir Romands bemühen uns, während den Deutschschweizern die Landessprachen egal sind.» Auch wenn es für manche schwierig oder mühsam sei, stehe «Deutsch für die Romands als Primarschulfach nicht zur Diskussion».

Nun, weiter entfernt von der Basis kann die sonst so volkstümliche Bundesrätin nicht sein. Die offizielle Haltung der welschen Politiker ist zwar klar, aber mit Volkes Stimme hat das nicht viel zu tun. Gelebter Alltag in der Berufswelt, aber auch im Alltag von Jung und manchmal auch von Alt ist doch: Wenn sich Romands und Deutschschweizerinnen treffen, wird Englisch gesprochen – und man versteht sich bestens.

Dass der Zusammenhalt der Schweiz am Zwangsfranzösischen in der Primarschule hängt, ist eine Mär. Zum guten Glück.

Wie hätte denn die Schweiz sonst seit 1815 existieren sollen, dem Jahr, als mit Genf der erste mehrheitlich französischsprachige Kanton der Eidgenossenschaft beitrug? Dass die ehemals besetzten Gebiete, wie der Jura, freiwillig dabeiblieben, spricht auch nicht für den Zwang zum Primarschulfranzösisch.

Was dagegen spricht, ist doch Folgendes: Jede und jeder, der sich informieren will, findet rasch heraus, dass sich eine Sprache nicht spielerisch mit ein paar Wochenstunden erlernen lässt, sondern nur etwas mühsam, aber vor allem konzentriert und motiviert. Beides fehlt heute. All die Studien, die in den letzten Jahren dazu erstellt wurden, weisen das zur Genüge nach. Und ein Gespräch mit Jugendlichen, die man nach ihren Französisch- oder auch ihren Deutschkenntnissen befragt, ebenfalls.

Also, wenn man etwas für das Verständnis des Landes tun will, dann wäre vielleicht folgendes Vorgehen sinnvoller als Zwang: Man konzentriert sich auf den Englischunterricht, bis die Sprache sitzt,



und macht dann in der Oberstufe einen konzentrierten Effort in Französisch, damit es wenigstens den meisten für die Grundkenntnisse reicht. Das wäre wesentlich mehr als heute und vor allem ehrlicher als das realitätsfremde Lippenbekenntnis der Politikerinnen und Politiker zu einem gescheiterten Experiment. Manchmal muss man auch etwas abschaffen. Die Zukunft der Schweiz hängt nicht an Frühfranzösisch, sondern an der Motivation und der Innovation unserer Jugend.

Der Welsche, der das Frühfranzösisch in Zürich abschoss

Tages-Anzeiger, 19. September 2025, Zürich, Pascal Unternährer

Sprachenstreit • Der Zürcher Freisinnige Marc Bourgeois löste fast im Alleingang eine kleine Staatskrise aus. Im Gespräch wechselt der halbe Romand plötzlich ins Französisch.

Marc Alexandre Jean Bourgeois: So lautet der vollständige Name jenes Mannes, der in der Westschweiz und im Bundeshaus grad einen gehörigen Wirbel ausgelöst hat. Es ist ein durch und durch französischer Name.

Der Zürcher FDP-Kantonsrat hat einen Waadtländer Vater, hegt grosse Sympathien für die Romanie und macht dort regelmässig Ferien. Marc Bourgeois spricht seit der Jugend bestens Französisch.

Und trotzdem war er massgeblich beteiligt am Beschluss des Zürcher Parlaments, den Französischunterricht auf Primarstufe abzuschaffen.

Wie kommt das?

Im Februar reichten Mitte, SVP, GLP und EVP eine Motion im Kantonsrat ein mit dem Ziel, den Einstieg in den Französischunterricht in die Sekundarstufe zu versetzen. Niemand hatte das kommen sehen.

Die FDP unterschrieb den Vorstoss nicht. Deshalb war wacklig, ob die Motion im Parlament durchkommt. Die Anti-Frühfranz-Koalition verfügt nur über die Hälfte der Stimmen.

Die Befürworter brauchten den Freisinn, um sich durchzusetzen.

Wie die FDP kippte

Dieser Freisinn stand bisher hinter den beiden Fremdsprachen in der Primarschule. Er hatte alle Zürcher Initiativen gegen zwei Fremdsprachen abgelehnt, zuletzt 2017. Doch diesmal war etwas im Busch. Und jetzt kommt Marc Bourgeois ins Spiel.

Er war Mitglied einer Arbeitsgruppe der FDP Schweiz, die ein neues Bildungspapier schrieb. Dieses liest sich als Zäsur. Weg von der integrativen Schule. Weg von den zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe. Zurück zum Kernauftrag. Das Papier wurde im Juni 2024 von den nationalen FDP-Delegierten klar durchgewinkt.



Bourgeois weibelte darauf in der Zürcher FDP-Fraktion für die Motion. Er wollte den Vorstoss mitunterzeichnen. Doch die Fraktion entschied: Nein. Die Bedenken überwogen. Noch.

Denn Bourgeois liess nicht locker, redete weiter mit Parteimitgliedern. Ihm half, dass die FDP Schweiz die Kehrtwende bereits vollzogen hatte. Und dass ein neuer Bericht erhebliche Mängel bei den Französischkenntnissen der Deutschschweizer Jugendlichen offenlegte.

Aufschrei in der Romandie

Am Tag der Entscheidung im Kantonsrat, am 1. September, sagten nur noch 7 von 30 Freisinnigen Nein zum Vorstoss. Im Plenum resultierte eine Zustimmung von 108 zu 64 Stimmen für die Verschiebung des Französisch in die Sekundarstufe.

Das Resultat verursachte eine Schockwelle in der Romandie. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sprach von einem Affront und kündigte an, das Frühfranzösisch notfalls per Bundesrecht durchzusetzen. Die Parlamente von Neuenburg und Jura intervenierten mit Protestbriefen beim Zürcher Kantonsrat - ein ziemlich ausserordentlicher Vorgang. Und schliesslich kündigte FDP-Nationalrat Damien Cottier an, die zweite Landessprache mittels Initiative durchsetzen zu wollen. Marc Bourgeois lächelt verschmitzt.

«Unnötig emotionalisiert»

Dass eine Bundesrätin als Erstes droht, wenn ein kantonales Parlament etwas beschliesst, hält Bourgeois für - er feilt lange an der Wortwahl - «ungeschickt». Baume-Schneider habe die Diskussion unnötig emotionalisiert, sagt er.

Dass die Parlamente von Neuenburg und Jura aus Zürich eine Antwort auf ihre Briefe gefordert haben, freut Bourgeois. Es gebe dem Kantonsrat die Gelegenheit, sich zu erklären.

Bisher sei nämlich untergegangen, dass es sich keineswegs um einen staatspolitischen Vorstoss handle, sondern um einen pädagogischen. «Alle Unterstützer im Parlament haben betont, dass es nicht gegen das Französisch an sich und schon gar nicht gegen die Compatriotes in der Romandie geht», sagt Bourgeois und führt das Gespräch mit dem Redaktor, der ebenfalls welsche Wurzeln hat, auf Französisch weiter.

Französisch in der Sek stärken

Man müsse reagieren können, wenn etwas nicht funktioniere - Harmos-Konkordat hin oder her. Dieses müsse nun gemeinsam aktualisiert werden. Französisch in der Primarschule sei nicht nur in Zürich ein Flop, sagt Bourgeois. Weitherum fingen Gymnasien und Sekundarschulen im siebten Schuljahr fast bei null an.

Viel besser wäre es, in der Primarschule die Deutschkenntnisse zu verbessern und den Verleider im Französisch zu verhindern, sagt Bourgeois. «Vergessen wir nicht, dass für nicht wenige der zehnjährigen Zürcher Kinder Französisch die fünfte Sprache ist - nach der Sprache der Eltern, Schweizerdeutsch, Deutsch und Englisch.»



Auf der Sekundarstufe hingegen müsse das Französisch - auch mit Sprachaufenthalten - gestärkt werden, damit die Kenntnisse am Ende der Schulzeit besser ausfielen als heute. Am Ende gewännen alle.

Marc Bourgeois ist eigentlich Verkehrspolitiker. Im Zürcher Stadtparlament, in dem er zuvor politisierte, war er der FDP-Lautsprecher gegen die rot-grüne Verkehrspolitik. Auch heute bringt sich der 53-jährige IT-Unternehmer als Präsident des TCS Zürich in Verkehrsfragen kritisch ein.

2019 liess sich Bourgeois aber in die Bildungskommission des Kantonsrats wählen. «Ich habe gemerkt, dass hier eine Schaltstelle ist. Da kann man etwas bewirken, weil die Schule eine kantonale Angelegenheit ist.»

Bildung habe ihn immer interessiert. Auch wegen der Kinder. In seinem heutigen Patchwork-Haushalt lebt Bourgeois mit drei Jungs, die in der sechsten Primarklasse und der ersten Sek sind. Und da die Buben nach einem respektive zwei Jahren Frühfranzösisch praktisch nichts verstünden, ist Französisch sogar die Geheimsprache von Bourgeois und seiner Partnerin.

Integrative Schule im Visier

Für Schulthemen sensibilisiert wurde er auch durch seine frühere Ehefrau Yasmine Bourgeois, die von Beruf Lehrerin und Schulleiterin ist. Auch sie engagiert sich politisch, und zwar in dieselbe Richtung. Die FDP-Stadtparlamentarierin stand an der Spitze der kantonalen Förderklasseninitiative, die wieder mehr Separation statt Integration fordert. Entgegen der früheren FDP-Politik.

Auch bei dieser Kehrtwende in der Fraktion war Marc Bourgeois federführend. Im März dieses Jahres unterstützte die FDP die Initiative, die im Kantonsrat prompt mit 96 zu 77 Stimmen durchkam.

Sieht sich Marc Bourgeois als nächster Zürcher Bildungsdirektor oder als Nationalrat? Weder noch, sagt er und lächelt wieder. «Im Zürcher Kantonsrat kann man vor und hinter dem Scheinwerfer sehr viel erreichen.»

Es braucht weder Frühfranzösisch noch Frühenglisch, sondern Deutsch

NZZ am Sonntag, 14. September 2025, Debatte, Peer Teuwsen

Französisch soll im Kanton Zürich aus der Primarschule verbannt werden. Und Frühenglisch bitte gleich mit. Der Fokus in der Volksschule muss auf Deutsch liegen. Zu unser aller Wohl, findet Peer Teuwsen

Der Zürcher Kantonsrat hat vergangene Woche mit klarer Mehrheit entschieden, Französisch nicht mehr schon in der Primarschule unterrichten zu lassen. Gewehr bei Fuss meldete sich anschliessend die nicht für Bildungsfragen zuständige, aber eben französischsprachige Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider zu Wort, weil sie durch die Zürcher Tat den Zusammenhalt des Landes gefährdet



sieht. Und sie droht schon einmal damit, die Zürcher Schulen bei andauerndem Ungehorsam per Befehl von oben zum Frühfranzösisch zu zwingen.

Gemach, gemacht, Frau Bundesrätin, muss da der Föderalist einwenden. Natürlich kann man das Frühfranzösisch abschaffen, das Land wird nicht daran zerbrechen. Und die Resultate, welche die Schülerinnen und Schüler nach jahrelangem Bemühen erzielen, sind verheerend. In den weiterführenden Schulen müssen die Französischlehrerinnen in aller Regel wieder bei null anfangen.

Aber wenn man überhaupt eine Fremdsprache in der Primarschule beibehalten sollte, dann sicher Französisch und nicht Englisch. Einerseits weil man mit einer anderen Landessprache eine nahe und doch fremde Kultur vermittelt bekommt. Aber vor allem, weil Englisch nun wirklich eine Sprache ist, die man nicht schon Kindern beibringen muss. Auch in der Oberstufe müssen die Stundenzahlen, die der Nachwuchs mit dem Erwerb von Englisch verbringt, reduziert werden. Nicht wenige Jugendliche können, durch die ständige Berieselung mit englischsprachigem Content auf Social Media, in Musik und Serien, besser Englisch als ihre Lehrerinnen und Lehrer. Der Nachwuchs lernt die Sprache sozusagen nebenbei, neudeutsch: immersiv.

Das entscheidende Argument für die Abschaffung des Erwerbs fremder Sprachen vor dem Alter von 12 Jahren ist aber ein anderes, ein grösseres. Die Volksschule ist ohnehin überfordert mit all den Ansprüchen, welche die Gesellschaft an sie stellt. Sie soll Ausbildungs-, Erziehungs-, Aufbewahrungsstätte und Integrationsmaschine zugleich sein. Da muss jede Gelegenheit ergriffen werden, nicht unbedingt Nötiges aus dem Lehrplan zu streichen – um Platz zu schaffen für die basalen Kompetenzen wie Lesen und Schreiben in der Erstsprache sowie Mathematik. Im Übrigen muss ein Kind auch nicht in der Schule lernen, wie ein LötKolben zu handhaben oder ein Pulli zu stricken ist, das kann es später einmal im Netz nachschauen. Oder Papi und Mami fragen.

Denn es wird nicht besser werden, wenn man so fröhlich vielfältig und unfokussiert nach Lehrplan 21 weitermacht wie bis anhin. Heute ist mehr als jeder vierte Bewohner dieses Landes Ausländer, die meisten von ihnen der jeweils ersten Landessprache nicht oder nur unzureichend mächtig. Der Zuwanderung sei Dank, die diesem Land Vielfalt und Reichtum beschert hat. 40 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung haben einen migrantischen Hintergrund, ihre Muttersprache ist oft nicht eine hiesige Landessprache. Abgesehen von Deutsch stellt Englisch heute im Kanton Zürich die häufigste Erstsprache dar. Die Herausforderungen, die damit auf die Volksschule zukommen, sind immens.

Die hervorragende Beherrschung der ersten Landessprache ist nicht nur Grundlage für eine gelingende Integration, sie ist auch die Säule einer Gemeinschaft, die diesen Namen verdient. Erst wer ausdrücken kann, was er sagen will, kann sich tatsächlich an einer Demokratie beteiligen und in einer Bürokratie zurechtfinden. Darauf muss sich die Volksschule fokussieren. Sonst spricht der gewöhnliche Schüler am Schluss weder Deutsch, Französisch noch Englisch richtig. Sondern ein Pidgin-Deutsch, das unter aller Pig ist.

Nein, man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Dieses Geschäft wird schon von genug anderen betrieben. Noch haben wir keine deutschen, französischen, schwedischen, geschweige denn amerikanischen Verhältnisse an unseren Schulen und damit in unserer Gesellschaft.



Aber reden Sie doch einmal mit einer Primar-, Real- oder Sekundarlehrerin in Neuenhof oder Dietikon. Die wird Ihnen erzählen, dass sie vor lauter Vielfalt in der Klasse und vor lauter Bürokratie in der unterrichtsfreien Zeit nicht mehr zur eigentlichen Sache kommt. Es wäre ihr sehr gedient, Politik wie Gesellschaft machten ihr und unserem Nachwuchs die fast schon unmögliche Aufgabe nicht noch aussichtsloser.

Englisch raus, Französisch rein

NZZ, 13. September 2025, Schweiz, Andri Rostetter

Der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid will dem Bundesrat zuvorkommen und fordert eine neue nationale Sprachenstrategie

Res Schmid ist nicht bekannt als grosser Schulreformer. In den fünfzehn Jahren, in denen er als Nidwaldner Bildungsdirektor im Amt ist, hat er keine einzige Reform aus eigenem Antrieb angestossen. Doch jetzt, ein halbes Jahr vor seinem Rücktritt, hat der SVP-Mann eine Mission: Er will den Streit um den Französischunterricht beenden.

Schmid hat nicht weniger als eine neue nationale Sprachenstrategie ausgearbeitet, die gleich mehrere Probleme lösen soll. Kernpunkt des Vorschlags ist der obligatorische Unterricht einer zweiten Landessprache ab der fünften Primarklasse in der ganzen Schweiz. Im Gegenzug soll Englisch flächendeckend neu ab der ersten Sekundarklasse unterrichtet werden. Schmid hat am vergangenen Dienstag, unterstützt vom gesamten Regierungsrat, der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) einen entsprechenden Antrag eingereicht.

Der Französischunterricht in der Primarschule steht in mehreren Kantonen zur Debatte. Zuletzt hat der Zürcher Kantonsrat Anfang September beschlossen, das Französisch auf die Sekundarschule zu verschieben. Noch ist der Entscheid nicht definitiv, doch für Schmid ist damit ein heikler Punkt erreicht. «Wenn jetzt der Kanton Zürich vorangeht, hat das eine Signalwirkung für das ganze Land», sagt er.

Die Beherrschung einer zweiten Landessprache sei für eine mehrsprachige Willensnation zentral, sagt Schmid. «Als Kleinstkanton kennen wir das Minderheitendasein nur allzu gut. Deshalb haben wir für die Position der Westschweiz grosses Verständnis.» Die Bevorzugung von Englisch könne in der Romandie als Gleichgültigkeit gegenüber dem Französisch aufgefasst werden – und damit als Desinteresse gegenüber dem ganzen Landesteil.

Englisch sei dagegen in der Deutschschweiz gegenüber Französisch im Vorteil, sagt Schmid. «Die Schülerinnen und Schüler kommen im Alltag dauernd mit Englisch in Kontakt. Sie sind mit der Sprache schon vertraut, auch wenn sie erst in der Oberstufe damit beginnen.» Beim Französisch sei das nicht der Fall, deshalb sei ein früherer Beginn sinnvoll.



«Das war der falsche Weg»

Dass die Romandie mit der Deutschschweizer Haltung zunehmend Mühe bekundet, zeigte sich nach dem Entscheid des Zürcher Kantonsrats. Der Neuenburger Grosse Rat hat eine dringliche überparteiliche Resolution überwiesen, die die Pläne zur Abschaffung des Frühfranzösisch kritisiert.

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sagte in einem Interview mit den Tamedia-Zeitungen, der Zürcher Entscheid zielt auf «eine Entwertung der Landessprachen und unserer Kultur» ab. Noch diesen Monat will Baume-Schneider das Thema in den Bundesrat bringen.

Die heutige Situation hat ihren Ursprung in der nationalen Sprachenstrategie, die von der EDK im Jahr 2004 verabschiedet wurde. Erklärtes Ziel war es, dass die Schülerinnen und Schüler spätestens ab der fünften Klasse zwei Fremdsprachen lernen – je mehr und je früher, desto besser, war die Devise. Von den damaligen Bildungsdirektoren ist keiner mehr im Amt. «Heute müssen wir feststellen: Das war der falsche Weg», sagt Schmid.

Die Sprachenstrategie hat zu einem Ungleichgewicht zwischen der Deutsch- und der Westschweiz geführt. In den Westschweizer Schulen ist Deutsch generell die erste Fremdsprache. In der Mehrheit der Deutschschweizer Kantone wird seit 2004 dagegen zuerst Englisch unterrichtet, Französisch kommt erst später. Appenzell Innerrhoden hat Französisch in der Primarschule gar nicht erst eingeführt.

Mit einer flächendeckenden Regelung will Schmid die Erosion des mühsam erarbeiteten Kompromisses in der Sprachenfrage stoppen. Vor Zürich hat im März bereits Appenzell Ausserrhoden den Französischunterricht in der Primarschule gestrichen, im Kanton Aargau arbeitet die Regierung an einer eigenen Sprachenstrategie. «Es ist mit weiteren parlamentarischen Vorstössen zu rechnen, wenn sich die EDK nicht bewegt», sagt Schmid.

St. Gallen vor einem Entscheid

Der nächste Entscheid eines kantonalen Parlaments dürfte schon in den nächsten Tagen fallen. Dann debattiert der St. Galler Kantonsrat über eine Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe – genau wie in Zürich. Die entsprechende Motion wird nicht nur von allen Fraktionen von links bis rechts unterstützt, auch die Regierung stellt sich dahinter. Sie hat sich bereit erklärt, sich in der EDK für eine Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe einzusetzen.

Aus Sicht von Schmid drängt deshalb die Zeit. Es brauche eine Lösung, bevor der Bundesrat einschreite und den Kantonen eine Regelung aufzwingt. Denn im schlechtesten Fall werde damit der Status quo mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule zementiert, sagt er. «Dann haben wir gar nichts gewonnen.»

Res Schmid geht es mit seinem Vorschlag auch um die Entlastung der Schule. Der Wegfall der zweiten Fremdsprache in der Primarschule setze Ressourcen frei, die dringend für andere Fächer benötigt würden. «Wir haben auf beiden Seiten der Sprachgrenze zunehmend Mühe, die Bildungsziele in der Erstsprache und in Mathematik zu erreichen.» Die Entlastung sei deshalb im Interesse aller Kantone.



Trotz der wachsenden politischen Opposition gegen den Französischunterricht in der Primarschule: Schmid zeigt sich überzeugt, dass die Bevölkerung im Zweifelsfall den nationalen Zusammenhalt immer noch höher gewichtet. Darauf deutet auch eine im August publizierte Erhebung des Bundesamtes für Statistik hin. Gemäss dieser Umfrage genossen Französisch beziehungsweise Deutsch oder Italienisch als erste Fremdsprache in der Schule nach wie vor breite Unterstützung.

Landessprache wichtiger

77 Prozent der Befragten gaben an, dass die Schülerinnen und Schüler eine zweite Landessprache als erste Fremdsprache lernen sollten. Am stärksten ist die Unterstützung in der lateinischen Schweiz. In der Romandie sind 83 Prozent der Meinung, Englisch solle nicht Priorität haben. Im Tessin sind es gar 87,5 Prozent. In der Deutschschweiz finden immerhin noch 74,7 Prozent, eine Landessprache sollte den Vorzug vor einer anderen Sprache erhalten.

Für Schmid ist es keine Frage, ob der Bundesrat interveniert, sondern nur wann. In der Regierung gebe es eine Mehrheit für eine Priorisierung der Landessprachen. «Elisabeth Baume-Schneider ist die Mehrsprachigkeit ein grosses Anliegen. Sie wird sich dafür einsetzen», sagt Schmid, der die Innenministerin noch aus ihrer Zeit als jurassische Bildungsdirektorin kennt. Das Gleiche gelte auch für Guy Parmelin, Ignazio Cassis und Albert Rösti. «Und Martin Pfister hat in Freiburg studiert, er hat ebenfalls Sympathien für die Westschweiz.»

Zeit verschaffen könnte den Kantonen das eidgenössische Parlament. Die grünliberale Basler Nationalrätin Katja Christ hat ein Postulat eingereicht, in dem sie vom Bundesrat eine Auslegeordnung zum Fremdsprachenunterricht in den Volksschulen verlangt. Bis der Bericht vorliegt, werden noch Tausende Französisch- und Deutschstunden im Land abgehalten werden.

Sprachenstreit erreicht das Bundeshaus

Tages-Anzeiger, 15. September 2025, Politik & Wirtschaft, Cyrill Pinto und Benno Tuschmid

Parlamentarische Initiative • Nun schaltet sich die Bundespolitik im Streit ums Frühfranzösisch ein: FDP-Nationalrat Damien Cottier will die zweite Landessprache gesetzlich absichern - und kommt damit Bundesätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) zu Hilfe.

Als der Zürcher Kantonsrat Anfang September das Frühfranzösisch an der Primarschule kippte, hallte die Entscheidung bis weit über die Kantonsgrenzen nach. In der Romandie war von einem «Affront» die Rede. Die Bildungsministerin Elisabeth Baume-Schneider warnte vor einem Angriff auf den nationalen Zusammenhalt, Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone sprach von Deutschschweizer «Arroganz».

Nun gibt es im nationalen Parlament Widerstand gegen die Pläne der Kantone: FDP-Nationalrat Damien Cottier (NE) kündigte in der Zeitung «Arcinfo» an, heute eine parlamentarische Initiative einzureichen. Sie fordert, dass der Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule ge-



setzlich verankert wird. «Die Landessprachen sind unter Druck», warnt Cottier. «Wenn wir in einer Kommissionssitzung Französisch reden, gibt es oft mehrere, die uns nicht im Geringsten verstehen.» Letzte Woche lieferte SVP-Nationalrat Thomas Matter (ZH) ein Musterchen im Nationalrat: Für alle hörbar, lehnte er es während einer Debatte ab, eine Zwischenfrage seines Walliser Kollegen Emmanuel Amoos (SP) auf Französisch entgegenzunehmen. Matters Begründung: Sein Französisch sei «heute nicht so gut». Im Saal brach lautes Gelächter aus - doch viele in der Romandie finden die Episode so gar nicht lustig.

Uneinigkeit bei der FDP

Besonders in der Westschweiz sei die Verunsicherung über den Sprachenstreit gross, sagt Cottier mit Blick auf den Entscheid des Zürcher Kantonsrats: «Wenn das Zürcher Modell Schule macht, ist das gefährlich für die ganze Schweiz», betont er. Mit seiner Initiative wolle er die Debatte nun ins Bundeshaus holen. Seine Position sei übrigens «kompatibel mit der Linie des FDP-Bildungspapiers». Denn auch innerhalb seiner Partei sind die Meinungen unterschiedlich: Noch-FDP-Präsident und Ständerat Thierry Burkart sprach sich in einem Interview mit dieser Redaktion generell gegen Fremdsprachenunterricht in der Primarschule aus.

Auch der Glarner Ständerat Benjamin Mühlemann, früher Bildungsdirektor seines Kantons und wie Burkart und Cottier in der FDP, sieht Klärungsbedarf. «Praxis und Studien stellen die Wirkung des frühen Unterrichts infrage - übrigens auch in Englisch», sagt er. «Darüber müssen wir diskutieren können.» Gleichzeitig sei klar, dass das Erlernen von Landessprachen eine Frage des nationalen Zusammenhalts sei. Mühlemann mahnt, die Irritationen in der Romandie ernst zu nehmen. Für ihn liegt die Lösung aber nicht in Bern: «Die Lösung liegt in den Kantonen. Ich bin gegen eine Bundeslösung.»

Der «eigentliche Irrtum»

Besonders heikel ist die Situation für die Mitte-Partei: In Zürich war es ihre Fraktion, die den Vorstoss zur Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule einreichte. National jedoch tritt Parteipräsident Philipp Matthias Bregy auf die Bremse. Für den Nationalrat aus dem zweisprachigen Wallis liegt der Fehler schon länger zurück: «Vor zehn Jahren hat man den Kantonen ermöglicht, Englisch einer Landessprache vorzuziehen - das war der eigentliche Irrtum.»

Bregy fordert, dass Französisch die erste Fremdsprache bleiben muss. «Zwei Sprachen sind für Primarschülerinnen und -schüler zu anspruchsvoll, die erste muss daher eine Landessprache sein», sagt er. Englisch könne problemlos in die Oberstufe verschoben werden: «Ich sehe es bei meinem Sohn, der in der dritten Primarklasse ist: Englisch ist heute schon aufgrund der sozialen Medien präsent. Da macht es nichts, wenn es in der Schule etwas später drankommt.» Sein Appell richtet sich an die EDK: «Jetzt sollen sich die kantonalen Bildungsdirektoren zu einer Lösung im Sinne des Zusammenhalts der Schweiz durchringen. Das ist ihre Aufgabe, und ich erwarte es von ihnen.»

Eine andere Richtung schlägt Nidwaldens Bildungsdirektor Res Schmid (SVP) ein. Er habe bei der EDK jüngst einen Antrag eingereicht, berichtet CH Media. Demnach soll eine zweite Landessprache schweizweit erst ab der 5. Klasse unterrichtet werden - Englisch hingegen erst ab der Oberstufe.



Schmid argumentiert, das 2004 eingeführte Modell mit zwei Fremdsprachen auf Primarstufe sei gescheitert. «Kohäsion stärken, Erosion stoppen!», lautet sein Motto. Mit einem späteren Beginn liessen sich Ressourcen für Deutsch und Mathematik freispielen, und zahlreiche Studien zeigten, dass Kinder, die eine Fremdsprache später lernten, die Frühstarter rasch aufholen könnten. Zugleich will er verhindern, dass der Bund die Zügel in die Hand nimmt: «Ein Sprachenbefehl aus Bern wäre Gift für die föderale Bildungspolitik.»

Kompromiss in Bedrängnis

EDK-Präsident Christophe Darbellay (Mitte, VS) spricht von einem «pragmatischen Kompromiss», auch wenn er das aktuelle Modell bevorzugt. Er kündigt an, die Sprachenfrage an der Plenarversammlung Ende Oktober in Luzern zu traktandieren. «Die Kantone brauchen Zeit, um zu evaluieren und Modelle zu vergleichen», sagt Darbellay.

Die Debatte um Frühfranzösisch hat eine alte Sollbruchstelle der Schweiz offengelegt. In der Romandie lernen alle Kinder ab der 3. Klasse Deutsch. In der Deutschschweiz hingegen lernen viele Kinder zuerst Englisch - Französisch ist erst die zweite Fremdsprache.

Zürichs Alleingang könnte einen mühsam ausgehandelten Kompromiss im Rahmen von Harmos zum Einsturz bringen. Ob sich am Ende die Linie von Cottier, Mühlemann, Bregy oder Schmid durchsetzt, ist offen. *Affaire à suivre.*

«Frühfranzösisch ist passé»

NZZ, 12. September 2025, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Es ist unverständlich, wieso in der Diskussion ums Verlegen des Französischunterrichts auf die Oberstufe immer die Sorge um die Kohäsion zwischen den Landesteilen als Hauptargument genannt wird, weil man befürchtet, dass ohne die zwei Jahre Frühfranzösisch ein adäquates Niveau nicht erreicht werden kann (NZZ 2. 9. 25). Nicht der Weg, sondern das Ziel ist relevant, nämlich dass sich die Jugendlichen bei Schulabschluss in einfachen Konversationen auf Französisch verständigen können. Dies ist beim heutigen System leider selten der Fall.

Als Französisch-Fachlehrerin an der Oberstufe musste ich viel zu viele Kinder übernehmen, die schon mit negativen Vorurteilen kamen. Der Stoff aus der Primarschule musste zuerst repetiert und richtig vertieft werden.

Viel effizienter ist, wenn sie von ausgebildeten Fachlehrpersonen auf der Oberstufe in das neue Fach Französisch eingeführt werden, mit verbindlichen Lernzielen, auf die dann aufgebaut wird. Wenn die wegfallenden Frühfranzösisch-Lektionen durch intensiven Deutschunterricht ersetzt werden, profitieren alle, die Fremd- und die Muttersprachlichen.

Nach vier Jahren Englischunterricht und bei grösserer Reife gelingt es den Jugendlichen auf der Oberstufe, Parallelen aus den anderen Sprachen hilfreich in ihr Lernen einzubinden. So führt Qualität statt Quantität zum Ziel, und die Kohäsion ist ungefährdet.

Suzanne Weigelt, Niederhasli



Der Entscheid des Zürcher Kantonsrates, das Frühfranzösisch auf die Oberstufe zu verschieben, ist problematisch und eine Ohrfeige für das Harnos-Konkordat. Die Hintergründe sind allerdings sehr komplex: Unser Bildungsniveau sinkt seit Jahren generell. Das betrifft auch die Grundlagenkenntnisse in Deutsch, die vielen Primarschülern (oft fremdsprachig zugewandert) zu schaffen machen. Das Problem liegt aber auch bei den Lehrkräften, die den spielerischen Umgang mit der französischen Sprache oft vermissen lassen und schlechte Vorbilder sind. Dieses Bild setzt sich fort in den SRG-Medien: Die meisten Moderierenden weichen «faute de mieux» ins Englische aus.

Während die Westschweizer Kantone die deutsche Sprache seit Jahren priorisieren, vernachlässigt die Deutschschweiz die wichtige Landessprache mehr und mehr. Nun liegt es am Bund, gegenzusteuern.

Joseph Auchter, Meilen

Irrweg der schulischen Mehrsprachigkeit

NZZ, 19. September 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Der Sprachenkompromiss mit den beiden Fremdsprachen Englisch und Französisch in der Primarschule war von allem Anfang an ein Murks («Frühfranzösisch ist passé», NZZ 2. 9. 25). Drei Sprachen seriös nebeneinander zu lernen, überfordert nicht nur die Schwächeren, wie die desaströsen Resultate im Frühfranzösisch und die Defizite im Deutsch zeigen. Wie kam es zu diesem fatalen Irrweg?

Propagiert von der damaligen Sprachendidaktik wurde eine frühe Mehrsprachigkeit in englischen und französischen «Sprachbädern» mit spielerischen Elementen. Die Schüler sollten in die Fremdsprachen «eintauchen». Dabei liessen es die Reformer zu, dass zwischen der künstlichen Schulsituation mit wenigen Sprachlektionen und dem frühkindlichen Lernen in natürlicher Umgebung überhaupt nicht unterschieden wurde. «Je früher, je besser» war die populäre These, die für völlig falsche Erwartungen sorgte.

Vorgeprescht in der Sprachenfrage war der Kanton Zürich. Mit Englisch als erster Fremdsprache lag es auf der Hand, dass das Frühfranzösisch ins Hintertreffen geraten würde. Gegenüber der Strahlkraft der angloamerikanischen Pop-Kultur hatte die frankofone Kultur in den Augen der meisten Schüler deutlich weniger zu bieten. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren wiederum rühmte sich, mit dem flexiblen Konzept der frühen Mehrsprachigkeit das Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Doch es war den meisten Lehrpersonen klar, dass das Ganze ein fauler Kompromiss war.

Die Politik hätte den Mut aufbringen müssen, sich für eine der beiden Sprachen zu entscheiden. Das gewählte Nebeneinander war ein bequemes Ausweichen vor heftigen Reaktionen, jedoch ein pädagogischer Sündenfall erster Güte. Jetzt kommt die Politik nicht darum herum, die selber gekochte Suppe auszulöffeln.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf



Legt die Geräte weg!

NZZ am Sonntag, 14. September 2025, Debatte, Andreas Fannin

Tablets im Klassenzimmer überfordern alle Beteiligten. Es gibt klügere Wege, um digitale Fertigkeiten zu unterrichten, findet Andreas Fannin

Kürzlich gab ich einer Schulklasse den Auftrag, in Gruppen als Vorbereitung auf die anstehende Prüfung die Bedeutung und die Folgen der Kreuzzüge zu repetieren. Eine Gruppe fragte mich, ob sie das ausserhalb des Schulzimmers tun könne. Ich sagte zu. Als ich sie zehn Minuten später aufsuchte, spielten die Schüler zusammen ein Fussballspiel auf ihren Smartphones. In meiner Rolle sah ich mich gezwungen, mit ihnen zu schimpfen. Aber bald beschlich mich ein Gedanke: Es ist nicht fair, sie alleine für ihr Fehlverhalten verantwortlich zu machen. Im Moment wird von Jugendlichen in der Schule zu viel verlangt: Sie müssen sich selbst disziplinieren, sich konzentrieren, obwohl die Verlockungen des Internets nur einen Klick entfernt sind und das Smartphone stets verfügbar in der Hosentasche liegt.

Die Unesco rief schon 2023 zu Smartphone-freien Schulen auf. Schon die blosse Anwesenheit eines Smartphones beeinträchtigt nachweislich die Konzentrationsfähigkeit. Aber nicht nur bei den Smartphones besteht Handlungsbedarf, die problematischen Entwicklungen ziehen sich bis ins Schulzimmer: Gamen, shoppen, chatten, Arbeitsaufträge lösen, E-Mails beantworten, Nachrichten schreiben oder die Frage der Lehrkraft kurz bei Chat-GPT eintippen: Wenn Jugendliche während der Schulstunde an ihren persönlichen Rechnern sitzen, passiert vieles gleichzeitig. In den Pausen hat man zudem Zeit, rechtens zu gamen oder Tiktok-Videos zu schauen. Erwachsene kennen das Phänomen: während einer Sitzung schnell die E-Mails checken, Schlagzeilen lesen oder nach der Traumwohnung suchen. Längere Zeit konzentriert zu arbeiten oder einfach im Zug aus dem Fenster zu schauen, fällt vielen schwer.

Bei Jugendlichen hat das allerdings schwerwiegende Folgen: Digitale Reize aktivieren fortlaufend das dopamingesteuerte Belohnungssystem – sie vermitteln schnelle Befriedigung, ohne Anstrengung. So wird das Gehirn auf kurzfristige Stimulation trainiert, während die Fähigkeit zu Ausdauer, Reflexion und Selbststeuerung verkümmert. Diese Prozesse ähneln in ihrer Dynamik der Wirkung bekannter Suchtmittel. Paradoxerweise schützen wir Jugendliche gesetzlich vor Alkohol oder Nikotin – nicht aber vor den Folgen unkontrollierter Bildschirmzeit.

Räume der Ruhe, in denen die Jugendlichen lernen, konzentriert einen Sachverhalt zu durchdenken, werden rarer. Die Verwendung von KI führt dazu, dass eine äusserst elaborierte Antwort auf jede erdenkliche Frage ohne jegliche Denkleistung unmittelbar zur Verfügung steht. Das ist ein Problem. Denn erst wenn der Mensch lernt, sich auf etwas einzulassen, kann er eine wirkliche Beziehung zur Welt entwickeln.

Mit der Covid-Pandemie erhielt die Digitalisierung der Schule und des Lebens von Jugendlichen einen bis heute prägenden Schub: Durch das Versammlungsverbot verschob sich das Privatleben weiter ins Digitale, und im Fernunterricht sahen sich Lehrkräfte gezwungen, ihre Arbeit digital zu gestalten. Lernplattformen erhielten plötzlich eine fundamentale Bedeutung im Schulalltag. Der Austausch von Materialien und die Kommunikation erfolgten ausschliesslich über solche Plattfor-



men. Auch mit der Rückkehr zum Präsenzunterricht blieb der Einfluss der digitalen Kommunikation erheblich. Vielfach mutierte Digitalität zum Selbstzweck. Das heisst, die Geräte werden nicht nur eingesetzt, wenn sie einen didaktischen Mehrwert bieten, sondern weil man es halt so macht. Lehrkräfte verteilen keine Arbeitsblätter, sondern laden PDF-Dokumente hoch. Sie können sich so ihrer eigenen Aufgeschlossenheit vergewissern und sich vom Image des technikscheuen Pädagogen befreien.

Ein äusserst reflektierter Schüler erläuterte mir kürzlich, dass für ihn durch die Laptop-Pflicht das Schulische vom Privaten kaum noch zu trennen sei. Im privaten Gebrauch am Wochenende ist er immer für die Schule erreichbar, in der Schule ist das Private nur einen Klick entfernt. Dadurch habe er kaum die Möglichkeit, sich von der Schule abzugrenzen. Hier stehen die Schulen in der Pflicht, die Schülerschaft zu schützen: Pädagogik heisst, Verantwortung zu übernehmen für diese Welt und den Jugendlichen Räume zu geben, in denen sie sich entfalten können. Diesem Auftrag werden viele Schulen in der Schweiz nicht gerecht. Viele appellieren an die Eigenverantwortung. Das mag in einem liberalen Staat bei Erwachsenen angemessen sein, nicht aber bei Jugendlichen. Vom Appell an eigenverantwortliches Handeln profitieren allenfalls die Vernünftigen, die Jugendlichen mit weniger Disziplin verlieren sich.

Zum Thema Jugend, Social Media, Bildschirmzeit oder Internetnutzung existieren Studien und Gegenstudien. Eine klare Handlungsanweisung kann die Pädagogik daraus nicht ableiten. Was in der Diskussion allerdings oft zu kurz kommt, ist die Frage der Erziehung zum richtigen, zum guten Leben. Eine Frage, die sich wegen ihrer paternalistischen Haltung in der jüngeren Vergangenheit kaum jemand zu stellen traut. Hier müssen Schulen umdenken. Meiner Meinung nach ist ein Leben mit einer Bildschirmzeit von sieben, acht, zehn oder mehr Stunden für Jugendliche kein gutes Leben. Es gibt kaum Zeit für Musse, Kreativität oder Langeweile. Dabei wäre das fundamental. Schliesslich entfaltet sich der Mensch im Tun, nicht allein im Konsum. Eine Bildschirmzeit in dieser Grössenordnung steht für eine Verarmung der menschlichen Erfahrung. Das Jugendalter ist ein Schutzraum, dessen Integrität die Gesellschaft verteidigen muss. Die Jugendlichen müssen vor der Vereinnahmung ihrer Aufmerksamkeit bewahrt werden.

Natürlich: Die Bildschirmzeit alleine ist kein hinreichender Indikator. Ebenso wichtig ist die Qualität der Interaktion mit dem Bildschirm. Schliesslich unterscheidet sich die reizarme Lektüre in einem E-Book vom passiven Tiktok-Konsum. Fundamental ist, dass junge Menschen lernen, sich online zu informieren und zuverlässige von unzuverlässigen Quellen zu unterscheiden, auch im Umgang mit KI. Digitale Medien, ihre Dynamiken und Funktionsweisen sollen kritisch reflektiert werden, Programmieren muss selbstverständlich Teil jedes Curriculums sein. Natürlich sollen die Jugendlichen auch die Möglichkeit erhalten, kreativen Tätigkeiten am Bildschirm nachzugehen: Kurzfilme erstellen, Podcasts aufnehmen oder Musikstücke komponieren zum Beispiel. Aber die persönlichen Laptops auf dem Pult und das Smartphone in der Hosentasche stellen für viele Jugendliche eine Überforderung dar und gehören aus dem Schulalltag verbannt.

Dafür braucht es schuleigene Tablets oder Laptops, die so eingestellt sind, dass kaum Ablenkungsmöglichkeiten existieren. Es gibt Schulen, an denen werden an Elternabenden Vereinbarungen getroffen, dass die Kinder erst ab 15 Jahren ein Smartphone anschaffen. Zentral ist zudem die Erschaf-



fung von Orten, an denen Schülerinnen und Schüler vor digitalen Dauerreizen geschützt sind und ganz klassisch mit Stift und Papier konzentriert nachdenken können und lernen, genau zu arbeiten.

Schweden, lange Zeit digitale Vorreiternation, macht es vor und legt den Schwerpunkt seit kurzer Zeit wieder auf Wissenserwerb aus gedruckten Büchern und dem Fachwissen der Lehrkraft. In der Schweiz hat der Kanton Wallis kürzlich Smartphones an Schulen flächendeckend verboten, ähnlich wie der Aargau und Nidwalden. An vielen Schulen laufen Pilotprojekte zum reglementierten Umgang mit Smartphones. Aus meiner Sicht zentral ist es, Smartphones und die privaten Rechner der Schülerinnen und Schüler gemeinsam zu denken. Sonst verpuffen gutgemeinte Initiativen wieder, da sich die Inhalte einfach auf ein anderes Gerät verschieben.

Was wie eine harmlose Szene wirkt – ein Fussballspiel auf dem Smartphone –, verweist auf ein grundlegendes Problem: Die Alltagslogik digitaler Reize dringt bis in die Lernräume vor. Schulen sollten darauf nicht nur technisch antworten. Sondern pädagogisch.

Andreas Fannin, 40, ist Publizist und unterrichtet Deutsch und Geschichte an der Kantonsschule Zürcher Oberland in Wetzikon.

«Noch nicht reif für den Kindergarten»

Tages-Anzeiger, 16. September 2025, Zürich, Nina Fargahi

Überparteiliche Motion • Soll der Stichtag für den Schuleintritt vom 31. Juli auf den 30. April verschoben werden?

Der Start des Kindergartens sorgt für Ärger. Immer mehr Eltern in Zürich entscheiden sich dafür, ihr Kind später einzuschulen. Das zeigen die Zahlen der Zürcher Bildungsdirektion.

Mit einer Motion verlangen nun die Kantonsrätinnen Nadia Koch (GLP, Rümlang), Ursula Junker (SVP, Mettmenstetten) und Nicole Wyss (AL, Zürich) eine Verschiebung des Kindergarteneintritts. Das «SRF-Regionaljournal» berichtete zuerst darüber. Konkret soll der Stichtag für den Schuleintritt vom 31. Juli wieder auf den 30. April gesetzt werden. Damit wären Kinder beim Kindergartenstart im Schnitt drei Monate älter.

Die Verschiebung des Eintrittsalters war 2019 im Rahmen der sogenannten Harmos- Reform eingeführt worden. Diese hatte vor allem administrative Gründe: Ziel war es, die Stichtage zwischen den Kantonen zu vereinheitlichen. Seither besucht rund ein Viertel der Zürcher Kinder ein Jahr früher den Kindergarten - oft bereits im Alter von vier Jahren. Für die Initiantinnen der Motion ist das ein Fehler.

Lehrkräfte im Kindergarten zunehmend belastet

«Viele Kinder sind schlicht noch nicht reif für den Kindergarten», sagt die Erstunterzeichnerin der Motion, GLP-Kantonsrätin Nadia Koch, dieser Redaktion. Lehrpersonen und Eltern würden von Ablösungsproblemen, sozialemotionalen Schwierigkeiten und einer auffälligen Zunahme von Dia-



gnosen wie ADHS berichten. Teilweise seien Kinder noch nicht trocken, wenn sie eingeschult würden.

Auch die Belastung der Lehrpersonen habe deutlich zugenommen. Bei durchschnittlich 20 Kindern pro Klasse würden die Lehrpersonen zunehmend an ihre Grenzen stossen. Zum Vergleich: In professionellen Kitas wird für dieses Alter ein Betreuungsschlüssel von höchstens 13 Kindern empfohlen. «Die Folgen sind spürbar - Burn-outs unter Kindergartenlehrpersonen nehmen zu», schreiben die Motionärinnen. Die Gemeinden haben bereits mit zusätzlichem Personal auf die Belastung reagiert. Mehr als 100 Klassenassistenzen begleiten mittlerweile den Kindergartenstart im Kanton Zürich. Trotzdem seien «keine pädagogischen Verbesserungen erkennbar», kritisieren die Politikerinnen. Stattdessen drohe auch beim Übergang in die Primarschule ein erhöhter Unterstützungsbedarf.

Das Anliegen ist nicht neu. Bereits der Verband Kindergarten Zürich (VKZ) hatte nach der Reform vor den negativen Folgen des frühen Starts gewarnt.

Zürich soll Grundlagen schaffen

Nun sehen sich die Kritiker bestätigt: Weder die Lernleistung noch die soziale Integration der Kinder hätten sich verbessert. Hingegen seien die Kosten und die Belastungen gestiegen. Der Vorstoss verlangt deshalb, dass der Regierungsrat die gesetzlichen Grundlagen für eine Rückverschiebung schafft. Wo interkantonale Verträge angepasst werden müssen, soll Zürich neue Verhandlungen anstossen.

Die Forderung nach einer Rückverschiebung stellt allerdings einen Bruch mit den interkantonalen Vereinbarungen, also dem Harnos-Konkordat, dar. Würde Zürich den Eintritt wieder nach hinten verschieben, müsste das Konkordat angepasst oder neu ausgehandelt werden. Das ist ein politisch heikler Schritt, der die Harmonisierung zwischen den Kantonen infrage stellen könnte. Doch Nadia Koch winkt ab: «Das Harnos-Konkordat ist kein Naturgesetz», sagt sie. Vielleicht würde das Anliegen auch in den anderen Kantonen auf Anklang stossen. «Es wäre in diesem Fall keine Kündigung, sondern eine Weiterentwicklung der interkantonalen Abmachungen.»

Für SP-Kantonsrätin Sibylle Jüttner ist das Rütteln am Harnos-Konkordat der falsche Weg. Aber nicht nur wegen der interkantonalen Abmachungen, sondern auch aus pädagogischen Gründen. «Ich gehe nicht davon aus, dass die geschilderten Probleme (Kinder in Windeln) durch eine drei Monate spätere Einschulung behoben sind», sagt sie.

Die Motion bringt Bewegung in eine Debatte, die schweizweit geführt wird: Wie früh sollen Kinder in den institutionellen Bildungsweg eintreten? Während die einen auf frühe Förderung setzen, warnen andere vor Überforderung. Der Zürcher Kantonsrat wird sich nun mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob er den Schritt von 2019 korrigieren will - oder ob die frühere Einschulung doch beibehalten wird.

Überweist der Kantonsrat die Motion, muss der Regierungsrat innert zweier Jahre einen Bericht und einen Antrag unterbreiten. Lehnt der Kantonsrat den Antrag zum Kindergarten ab, steht dem Regierungsrat eine Behandlungsfrist von höchstens sechs weiteren Monaten zu.



Veranstungshinweis

Geboren im falschen Körper? Geschlechtsdysphorie bei Kindern und Jugendlichen

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mi. 24. September 2025, 18:30

Geboren im falschen Körper? Geschlechtsdysphorie bei Kindern und Jugendlichen

Referenten: Dr. med. Melanie Hess (Endokrinologin, Universitätskinderklinik beider Basel UKBB)

Dr. med. Alexander Korte (Kinder- und Jugendpsychiater, München)

Einführung Dr. med. Oswald Hasselmann (Leitender Arzt Ethik am OKS)

Datum: Mittwoch, 24. September 2025

Zeit: 18.30 – 20.30 Uhr

Ort: OST – Ostschweizer Fachhochschule
Rosenbergstrasse 59
(beim Bahnhof)
9000 St. Gallen
grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)

